



Volles Haus: So viel Publikum hat der Hilchenbacher Rat nie, schon gar nicht wenn es um das Thema Etat geht. Die Bürgerversammlung zum Nothaushalt brachte die Tagungsstätte gestern Abend allerdings an den Rand ihrer Kapazitäten. Fotos: Jan Schäfer

Rat der Bürger eingeholt

HILCHENBACH Versammlung zum Thema Nothaushalt stieß auf große Resonanz

Hunderte Hilchenbacher brachten gestern Abend Sparvorschläge ein.

js ■ Selten weckt das Thema Haushalt Interesse der breiten Bevölkerung. Die Hilchenbacher Finanznot hingegen sorgte gestern Abend für einen gut gefüllten Ratssaal. Nicht etwa eine Sitzung des Stadtparlaments hatte hunderte Bürger ins Rathaus gelockt, sondern die von einer offenen Initiative einberufene Bürgerversammlung unter der Überschrift „Gemeinsam schaffen wir das“.

Wie berichtet, hatten die Fraktionen von Grünen und UWG sowie der Fraktionslose Martin Born die Sparkommission der Stadt schon in der ersten Sitzung verlassen und eine öffentliche Gegenveranstaltung angekündigt. Diese fand gestern statt – und auch die nicht an dieser Aktion beteiligten Fraktionen kamen. Ja, sogar die Mehrheitsfraktion der SPD ließ ihre vor längerer Zeit terminierte Vorstandssitzung

kurzentschlossen sausen, um den Bürgern ihr Gehör zu schenken.

Die waren schließlich selbst gefragt in der knapp anderthalbstündigen Zusammenkunft, in der dem Ratssaal viel Sauerstoff entzogen wurde. Einführende Worte gab es nur wenige. Heinz Jürgen Völkel (UWG), Dr. Peter Neuhaus (Grüne) und Martin Born freuten sich über die Resonanz auf ihre Einladung und begaben sich bereitwillig auf die „Schulbank“, baten um Nachhilfe aus dem Plenum.

Eine Rüge fing sich der Rat von einem Bürger ein, der die Diskussionskultur der vergangenen Wochen scharf kritisierte. Wie da mit dem Bürgermeister umgegangen worden sei, gehe „überhaupt nicht“. Der Rat solle die Verwaltung beraten, nicht aber „Unrat vor ihre Tür kippen“.

Die Initiatoren hatten sich an den anderen Dialogveranstaltungen der jüngeren Vergangenheit orientiert und fünf „Themeninseln“ zusammengestellt. Eine Stunde lang konnten die Besucher sich zu den an den städtischen Fachausschüssen angelegten Bereichen Jugend/Sport/Soziales, Kultur/Schule, Infrastruktur, Verwaltung/Rat sowie Vermischtes äußern,

Ideen einbringen, Sparvorschläge unterbreiten.

Und sie ließen sich nicht lange bitten. Einerseits wurde die Wichtigkeit des ruhenden Familienbüros, der bedrohten Schulsozialarbeit, der Stärkung des Ehrenamts und des Erhalts kultureller Angebote hervorgehoben, andererseits wurden konkrete Einsparpotenziale benannt, etwa bei Ampelschaltungen und der Straßenbeleuchtung, bei interkommunaler Zusammenarbeit, bei einer vorausschauender Planung bei Investitionen – wie etwa der Anbau der Grundschule Allenbach, die zum Schuljahresende auslaufen wird – und bei den Kosten der Kommunalpolitik.

Die Vorschläge von gestern werden nun in einem Katalog zusammengestellt, der als Handreichung aus der Bürgerschaft mit der Verwaltung durchgesprochen wird. Herauskommen soll dabei ein Bericht, der in einer weiteren Versammlung wiederum öffentlich vorgestellt wird. Ende Oktober möchte die Initiative dazu einladen. Ziel ist es, spätestens im November eine Bürgereingabe auf die Tagesordnung zu bringen – falls das überhaupt noch nötig ist (siehe Infokasten). Jan Schäfer



Zahlreiche Schüler der Carl-Kreamer-Realschule und der Florenburg-Grundschule demonstrierten vor der Versammlung, wie wichtig ihnen der Erhalt der Schulsozialarbeit ist.



An fünf „Themeninseln“ teilten die Hilchenbacher Bürger Rat und Verwaltung mit, in welchem Bereich gespart werden sollte – und wo das auf keinen Fall sein darf.

Der Rat tagt nun doch noch einmal

Zuständig für die Beratung des städtischen Haushalts ist eigentlich der Rat. In der vergangenen Woche wurde dessen turnusmäßige Sitzung aus Mangel an Tagesordnungspunkten abgeblasen. Nur einen Tag später präsentierte die SPD als stärkste Fraktion ihren „Rettungsweg“ aus dem Nothaushalt – u. a. mit Steuererhöhungen. Darauf wiederum hat Bürgermeister Hans-Peter Hasenstab reagiert: Gestern Abend teilte er mit, dass er den Rat doch noch einmal vor der Novembersonnenschein an den Tisch bitten werde. Herbstferien hin oder her: Am Mittwoch, 8. Oktober, um 17 Uhr soll abermals über den Etat beraten werden. „Oberste Priorität ist nun, aus dem Nothaushalt herauszukommen“, erläuterte Hasenstab im SZ-Gespräch. Da nun die SPD Entgegenkommen signalisiert habe, solle ohne weitere Verzögerung dafür gesorgt werden, dass das Haushaltssicherungskonzept wieder genehmigt werde. Sollte der Rat jetzt Steuererhöhungen zustimmen, will Hasenstab unverzüglich an die Kommunalaufsicht herantreten und um eine rasche Genehmigung des Etats bitten. „Dann könnten wir noch 2014 aus dem Nothaushalt herauskommen.“ Und, so viel versprach Hasenstab: Sobald dies erreicht sei, werde das Familienbüro wieder geöffnet. Auch die Schulsozialarbeiter könnten Arbeitsverträge mit der Stadt bekommen – und der Blumenbestellung steht nichts mehr im Weg. js